

Stellungnahme zu den geplanten Mittelkürzungen in der bundes- und landesgeförderten Migrationsberatung

Gesellschaftlicher Zusammenhalt, die Inklusion aller Bevölkerungsgruppen, sowie der solidarische Umgang miteinander sind – wie nicht zuletzt die Pandemie gezeigt hat – weder selbstverständlich noch ohne Weiteres zu erreichen. Es bedarf gemeinsamer Arbeit und Anstrengungen, um allen eine menschenwürdige Existenz und gesellschaftliche Teilhabe zu ermöglichen und um dafür zu sorgen, dass sich niemand allein gelassen, ausgegrenzt und abgehängt fühlt. Auch in Zukunft kommen Menschen in unser Land, um Schutz und eine Perspektive zu finden. So unveräußerlich und unstrittig Menschenrechte sind, gilt es sie und individuelle Nöte zu berücksichtigen.

Die Folgen der Pandemie (gesundheitliche Probleme, Arbeitsplatzverlust, soziale Isolierung) betreffen überdurchschnittlich sozial benachteiligte Menschen. Besonders gravierend sind die Einschnitte für Menschen mit Migrationsbiografien, die aufgrund fehlender Sprachkenntnisse umfangreich vom gesellschaftlichen Leben ausgeschlossen sind. Der Verlust von Arbeitsverhältnissen und der erschwerte Zugang zu Ämtern hat sie in existenzielle Notlagen gedrängt. Die teilweise bis heute andauernde Unterbrechung von Integrationskursen, sowie die hohen Hürden beim Homeschooling haben die Situation weiter verschlimmert und bisher positive Integrationsverläufe blockiert. Auch die Unsicherheit über etwaige Familienzusammenführungen, die durch Corona erschwert sind, sowie eingeschränkte Mobilität durch geschlossene Grenzen stellen für die Menschen enorme Belastungen dar.

Da es sich bei Integration aus unserer Sicht um einen langwierigen Prozess handelt, bedarf es gerade jetzt - und auch weiterhin - besonderer Anstrengungen, um Menschen mit Flucht- und Migrationsbiografien zu unterstützen. Nichtsdestotrotz sieht das Land Niedersachsen in seinem Haushaltsplan für die landesgeförderte Migrationsberatung (einschließlich der gerade nach Ankunft in Deutschland so entscheidenden unabhängigen Asylverfahrensberatung) Kürzungen von bis zu 70% in den nächsten drei Jahren vor. Die Mittel für die bundesgeförderte Migrationsberatung für erwachsene Zuwanderer (MBE) sollen ab 2023 umfangreich gekürzt werden. Uns ist bewusst, dass durch die Coronapandemie und die dadurch entstandenen Schieflagen in den öffentlichen Haushalten nur begrenzte Mittel zur Verfügung stehen. Aber es darf nicht sein, dass die Personen, die ohnehin überdurchschnittlich unter der Pandemie zu leiden hatten, jetzt wieder diejenigen sind, die das Nachsehen haben.

Diese Einschnitte würden die Beratungslandschaft und damit das Unterstützungsangebot für Menschen mit Flucht- und Migrationsbiografien radikal einschränken. Bereits jetzt arbeiten die Kolleg:innen in diesem Bereich mit höchstem persönlichen Engagement für ein Zusammenleben in Vielfalt und das trotz der Anfeindungen, denen sie aufgrund ihres Eintretens für Geflüchtete und Migrant:innen immer wieder ausgesetzt sind. Durch die fehlende Unterstützung würden sich soziale Notlagen wieder verschärfen, Integrationspotentiale unausgeschöpft bleiben und dadurch das öffentliche Gemeinwesen und Zusammenleben belastet werden. Ein Blick in die Vergangenheit zeigt zudem, dass Integration ein langwieriger Prozess ist, der nicht nach ein paar Jahren als abgeschlossen betrachtet werden kann. Im Gegenteil, Migrant:innen sind auch nach Jahren diskriminierenden und ausgrenzenden Erfahrungen ausgesetzt. Der Wegfall unterstützender Strukturen würde ihre Möglichkeiten gleichberechtigt an der Gesellschaft teilzuhaben weiter begrenzen.

Die Kürzung der Mittel kann auch nicht damit gerechtfertigt werden, dass 2020 weniger Menschen nach Europa und Deutschland gekommen sind. Wie beschrieben sind gerade durch Corona zahlreiche soziale Notlagen für Migrant:innen entstanden. Zudem ist davon auszugehen, dass es auch künftig Migrationsbewegungen nach Deutschland geben wird, trotz aller Versuche diese zu unterbinden. Utopisch sind dabei nicht diejenigen, die sich integrationspragmatisch für ein Zusammenleben in Vielfalt und Solidarität einsetzen, sondern diejenigen die meinen, dass durch die „Sicherung“ von Grenzen und der ausschließlich ordnungspolitischen Verwaltung von Menschen alle Probleme gelöst werden könnten.

Wir appellieren an das Nds. Ministerium für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung, an die Landtags- und Bundestagsabgeordneten, sowie das Bundesministerium des Innern: Seien Sie (integrations-)pragmatisch und handeln

Sie nachhaltig. Unterstützen Sie uns, um die in Braunschweig entstandene, fachlich hochqualifizierte und professionell arbeitende Beratungsstruktur zu stärken und zu erhalten, nur so kann Integration und Teilhabe gefördert und der gesellschaftliche Zusammenhalt in der Region gestärkt werden.

Unterzeichnet

Marco Frank & Friederike Korbes
Geschäftsführung
REFUGIUM Flüchtlingshilfe e.V.

Martin Stützer
Einrichtungsleiter
AWO-Migrationsberatung



Katharina Kulczycka
Migrationsberatung
Haus der Kulturen Braunschweig e.V.

Heike Blümel & Antje Kämpfe
DRK-Sozial- und Migrationsberatung
DRK Kreisverband Braunschweig-Salzgitter e.V.



Ute Scupin
Jugendmigrationsdienst (JMD)
Caritasverband Braunschweig e.V.

Annika Schulte & Markus Frankenberger
Asylverfahrensberatung
Caritasverband Braunschweig e.V.



Caritasverband
Braunschweig e.V.

Ansprechpartner

Landesgeförderte Migrationsberatung	Bundesgeförderte Migrationsberatung
<p>Marco Frank Geschäftsführung REFUGIUM Flüchtlingshilfe e.V. Steinweg 5 38100 Braunschweig</p> <p>Tel.: 0531 / 240 98 00 E-Mail: marco.frank@refugium-bs.de</p>	<p>Martin Stützer Einrichtungsleiter AWO-Migrationsberatung für erwachsene Zuwanderer (MBE) Steinweg 34 38100 Braunschweig</p> <p>Tel.: 0531 / 88 68 92 – 40 E-Mail: stuetzer@awo-bs.de</p>